

PRESSEMITTEILUNG 5/2018

## **DEBRIV kritisiert Studie des Öko-Instituts zur Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohlenindustrie**

Studie setzt falsche Annahmen und ignoriert volkswirtschaftliche Risiken

**Berlin** (26.07.2018) - *Der weitreichende Ausstieg aus der Stromerzeugung mit Braunkohle könne in Deutschland beinahe ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Mit dieser Behauptung ist eine Analyse des Öko-Instituts im Auftrag des Umweltbundesamtes überschrieben und wird entsprechend in den Medien zitiert. Hierzu bezieht der DEBRIV Stellung:*

„Diese Analyse legt willkürlich falsche Annahmen, beispielsweise zur Personalentwicklung in den Energieunternehmen, zu Grunde. Vor allem aber verkennt sie, indem sie ihre Betrachtung nur auf die Beschäftigten in der Braunkohlenindustrie begrenzt, die Tragweite der industriepolitischen und volkswirtschaftlichen Dimension eines raschen Kohlenausstiegs“, stellt Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender des DEBRIV, fest. „Hier wird ein Thema mit großer gesellschaftlicher Relevanz bewusst kleingeredet. Mit dieser Realitätsferne kann die Studie des Öko-Instituts keine belastbare Grundlage für die Diskussion um die Zukunft der Reviere sein.“

Die Bedeutung der Braunkohlenindustrie werde von den Autoren der Studie systematisch unterschätzt: im Rheinland als Garant wettbewerbsfähiger Industriestrompreise, im mitteldeutschen Revier für den Verbund mit der Chemieindustrie und in der Lausitz als der zentrale industrielle Anker für die gesamte Wirtschaft der Region. Damit werden auch Auswirkungen eines vorzeitigen Kohlenausstiegs auf andere Unternehmen und Wirtschaftszweige nach Ansicht des DEBRIV-Vorsitzenden in der Analyse des Öko-Instituts nur unzureichend berücksichtigt.

Tatsächlich würde die in der Analyse des Öko-Instituts geforderte Stilllegung von Kohlenkapazitäten zu einem deutlichen Strompreisanstieg führen. Die Auswirkungen gerade auf die energie- und arbeitsplatzintensiven Industrien wären gravierend. Dabei geht es um zehntausende Stellen bei Lieferanten und Partnerunternehmen sowie bundesweit um hunderttausende bei der energieintensiven Industrie. Beispiel Nordrhein-Westfalen: Eine aktuelle Studie der Industrie- und Handelskammern Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein hat für das größte deutsche Bundesland aufgezeigt, dass 93.000 Menschen im gesamten Wirtschaftsraum in energieintensiv produzierenden Unternehmen tätig sind. Und von jedem dieser Beschäftigten sind in NRW fast zwei weitere Arbeitsplätze abhängig.

Die Unternehmen der Braunkohlenindustrie in Deutschland vergeben im Zusammenhang mit der Instandhaltung und Modernisierung ihrer Tagebaue und Kraftwerke und den damit verbundenen hohen Umweltstandards jedes Jahr Aufträge mit einem Volumen von mehreren Milliarden Euro an andere Unternehmen. Ohne diese Aufträge sind viele Arbeitsplätze etwa bei Partnerfirmen und Zulieferern akut gefährdet.

Zu den fehlerhaften Annahmen des Öko-Instituts gehört zudem, dass es einen Wegfall von Neueinstellungen für die kommenden Jahre unterstellt. „Das hat mit betrieblicher Praxis nichts tun“, stellt Helmar Rendez klar. „Kontinuierliche Ausbildung und Wissenstransfer an junge Beschäftigte sind für jedes Wirtschaftsunternehmen unerlässlich. Das gilt natürlich auch für die Braunkohlenindustrie. Zudem hätte ein Verzicht auf Neueinstellungen für die Region den Wegfall von Hunderten Ausbildungsplätzen für qualifizierte Berufe zur Folge. Das würde eine positive Strukturentwicklung in den Regionen erheblich erschweren und junge Menschen dazu zwingen, die Region zu verlassen.“